

23. Juni 1916

ser Ueberschuß entstanden. Dazu brauchen wir allerdings nicht einmal einen Blick auf den Abschluß zu werfen. Es genügt ein Blick auf die Straße. Der Zustand unserer Straßen gibt zu erkennen, daß hier nicht alles geschehen ist, was notwendig wäre, nicht aus schlecht angewandtem Sparsinn, sondern weil es mit den Arbeitskräften, Fuhrwerken und der Materialbeschaffung immer ungünstiger wurde. Dasselbe ergab sich bei den Ausführungen von Hochbauten, Kanalbauten u. s. w. Was allein im Straßenwesen gegenüber dem Vorschlage erspart wurde, geht in die Millionen.

Die außerordentliche Gebarung weist in der Gruppe XIII die außerordentlichen Ausgaben aus Anlaß der Kriegsereignisse mit 22.562.000 K aus. Sie betreffen die Sicherung des städtischen Besitzes, Notstandsarbeiten, sanitäre Vorkehrungen, die Approvisionnement der Zweimillionenstadt, Subventionen, die Kriegergrabstätten und außerdem andere Ausgaben wie Weihnachtsspenden für die Soldaten im Kriegsfelde, das wirtschaftliche Hilfsbüro, die Kriegsfürsorgeaktionen im allgemeinen u. s. w. Von dem für Notstandsarbeiten bewilligten Kredit von 1.638.000 K wurden nur 161.000 K verwendet, ein Zeichen, wie schnell die Arbeitslosigkeit überwunden war. Zu den sanitären Vorkehrungen, die 3.1 Millionen Kronen erforderten, gehören die Infektionsbaracken, Instandsetzung des Epidemiespitals u. s. w. Für Subventionen wurden 543.000 K beansprucht, für die Kriegergrabstätten 92.000 K, für Weihnachtsspenden 111.000 K. Weit aus dem größten Teilbetrag nämlich 18 Mill. K erforderte die Approvisionnement. Die Gemeinde hat um 16.8 Mill. K Lebensmittel angekauft; dazu kommen dann noch die Auslagen für Kartoffel- und Gemüseanbau, die Auslagen für die Brot- und Mehlkommissionen, für Kohlenbeschaffung etc. Eine weitere besondere Kriegsauslage bilden die von der Gemeinde Wien gewährten Kriegszulagen, welche im Jahre 1914/15 allerdings nur die bescheidene Summe von 268.000 K ausmachten, wobei aber zu bemerken ist, daß sie nur einen kleinen Teil des Verwaltungsjahres betreffen und daß ein weit größerer Betrag bei den Unternehmungen verrechnet wird. Zieht man nebst diesen Ausgaben (4.9 Mill. für Einquartierung, 10.4 Mill. für besondere Kriegsauslagen, 0.3 Mill. für Kriegszulagen) noch die Beiträge der Eingetragten städt. Angestellten per 1.8 Mill. K und der Lehrer per 2.8 Mill. K in Betracht, so beziffern sich die erwachsenen Auslagen mit 20.2 Mill. K.

Wenn wir uns den Mindereinnahmen zuwenden, kommt zunächst die Gruppe II in Betracht, da der Krieg natürlich auf die Steuerabgaben nicht ohne Einfluß blieb. Vor allem sind es die Verbrauchsabgaben, welche eine Schwächung erfahren. Die Zuschläge zur Verzehrsteuer blieben um 1.8 Millionen K, der Anteil an der staatlichen Branntweinsteuer um 2.36 Mill.

K, der Anteil an der Landesbieraufgabe um 288.000 K hinter dem Vorschlage zurück. Der Anteil an der staatlichen Verzehrsteuer, der mit 1.8 Millionen veranschlagt war, entfiel ganz, da die Steuer den Betrag von 15.4 Millionen nicht erreichte. Da auch der Anteil an der Realsteuerüberweisung und die Zuschläge zur Ueberschlaggebühr und zur allgemeinen Erwerbssteuer hinter dem Vorschlage zurückblieben, waren trotz der um fast 1.4 Mill. höheren Einnahmen aus den Mietzinsumlagen und des um fast 2 Millionen höheren Zuschlages zur Erwerbsteuer der Unternehmungen und höheren Einnahmen aus der Renten- und Besoldungssteuer die Nettoeinnahmen aus der Gruppe II um 3.9 Millionen geringer als veranschlagt.

Mehreinnahmen brachten dagegen die 3 großen Unternehmungen u. zw. Straßenbahnen 1 Mill., die Elektrizitätswerke 863.000 K und die Gaswerke 435.000 K. Auch die Wassergebühren, Platzgebühren, Kanalrümergebühren, die Schlachtviehmarkt- und Schlachtgebühren (infolge der Anforderung der Heeresverwaltung) sind günstiger als die Annahme des Vorschlages. Ebenso die Zinsen von Wertpapieren infolge Ankauf von 22 Mill. Kriegsanleihe.

Das Stammvermögen der Gemeinde hat durch die Gebarung eine Erhöhung um fast 18 Millionen erfahren, das kurrente Vermögen um 281.000 K, das Gemeindegut um 5.3 Millionen, das gesamte Gemeindegut daher um 23.5 Mill. K.

Der Referent besorgt schließlich die Genehmigung des Hauptrechnungsabschlusses.

VBgm. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Emmerling: Vor allem ist zu beklagen, dass der Rechnungsabschluss nur durch so kurze Zeit zur Ueberprüfung vorgelegen ist, andererseits aber auch, dass der Rechnungsabschluss nur in einem Teile vorliegt, denn so ist es unmöglich denselben entsprechend der Verpflichtung als Gemeinderat genau zu überprüfen. Der erste Teil allein genügt zu einer genauen Ueberprüfung durchaus nicht und wir sind nicht in der Lage zu sagen, dass um alle Unterlagen zur Ueberprüfung des Rechnungsabschlusses zugänglich gemacht werden, weil wir nun annehmen, dass Sie sich nicht hiemit nicht einverstanden erklären werden und weil die Erledigung des Rechnungsabschlusses nicht an eine Frist gebunden ist, wir deshalb noch Wochen warten können, zumal ja der vorliegende Abschluss 10 Monate alt ist, so stellen wir zunächst den Vertagungsantrag. Wir nehmen heute die Darlegungen des Referenten zur Kenntnis und führen die Debatte erst dann ab, bis alle Unterlagen zur Ueberprüfung gestellt sind.

Der Referent VBgm. Hoss erklärt sich gegen die Vertagung und erklärt die übrigen Teile des Rechnungsabschlusses

konnten deshalb nicht vorgelegt werden, weil die Drucklegung infolge des Krieges verzögert wurde.

Der Vertagungsantrag wird sodann mit grosser Stimmenmehrheit abgelehnt.

GR. Emmerling: Infolge dieses Beschlusses haben Sie das erstmal eine Beratung provoziert, die in diesem Gemeinderatssitzungssaale ohne Unterlagen abgehalten werden musste. Es dürfte die erste Beratung über den Rechnungsabschluss sein, bei der so ungenügende Unterlagen dem Gemeinderate unterbreitet worden sind.

Was den Rechnungsabschluss selbst betrifft, möchte ich zuerst um Aufklärung über folgendes bitten: Sie stellen dem Rechnungsabschluss einen Abgang von ~~5.900.981~~ 5.900.981 K Bl fest und erklären, dass dieser unter anderem auch seine Ursache in dem durch den Krieg bedingtem Ankauf von Lebensmitteln hat. Tatsächlich erscheint im Inventar auch ein Betrag von 4.806.000 K an Lebensmitteln ausgewiesen. Die Ankäufe von Lebensmitteln erforderten insgesamt ~~10.795.205~~ 10.795.205 K und die Einnahmen betragen 11.943.406 K. Es ergibt sich sonach eine Differenz von 5.851.799 K. Ich frage nun: Ist das bloss ein Druckfehler oder ein Rechnungsfehler, denn es fehlt dazu auf die Krone genau der Betrag von 1 Million Kronen. ~~Rechnung~~ ~~hinterlassen~~

Ich hätte gewünscht, daß im Interesse der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung in den Gruppen Öffentliche Arbeiten und Unterrichtsverwaltung nicht so große Summen erspart worden wären. Aufklärung verlangt auch der Umstand, daß das Stammvermögen trotz des ungünstigen Geschäftsjahres und trotz des Krieges eine Vermehrung von nahezu 18 Mill. K ausweist. Aus Mangel an Beihilfen kann ich nicht überprüfen, woher diese Erhöhung kommt und ich möchte noch einmal den Wunsch ausdrücken, daß es heuer zum ersten und letzten Mal vorgekommen ist, daß dem Gemeinderate bei einer so wichtigen Angelegenheit so unvollständige Beihilfe vorgelegt werden.

GR. Dr. Hein: Der Hauptvorschlag für das Jahr 1914/15 wurde mitten im Frieden und für ein Friedensjahr verfasst, der Rechnungsabschluss behandelt jedoch fast nahezu ein ganzes Kriegsjahr. Der Abschluss ist als günstig zu bezeichnen und es kann mit Genugtuung verzeichnet werden, dass die Rückwirkungen des Krieges auf die städtischen Finanzen nicht so ungünstig waren als wir sie uns vorgestellt haben. Der Abgang beträgt 5.9 Millionen Kronen. Wenn man bedenkt, dass der ordentlichen Gebarung ein Betrag von 1.800.000 K zugute gerechnet werden muss für eine Kaufschillingrate an die Imperial Continental Gas-Association und für eine Baurate für das Amtshaus in der Felderstrasse, welche aus der Gebarung des Jahres 1914/15 bestritten wurde, obwohl er nach dem Vorschlag nach aus dem Kassarest zu bedecken war, wenn man weiter berücksichtigt,

dass die Mehrausgaben für Militärbequartierung von rund 5 Millionen aus den laufenden Einnahmen bestritten wurden und der Wert der noch vorrätigen Lebensmittel über 4.800.000 K beträgt, so kommen wir zu einem Ueberschuss. Die Staatseinnahmen wurden verhältnismässig wenig durch den Krieg beeinflusst. Die städtischen Unternehmungen lieferten ein grösseres Ertragnis als ~~veranschlagt~~ veranschlagt war. Namentlich die städtischen Strassenbahnen können die Mehreinnahmen auf die stärkere Ausnützung der Wagen und auf die Verkehrseinschränkungen zurückführen. Wir finden aber auch eine Menge Posten in dem Abschluss bei denen die Ersparungen als unerfreuliche Folgen des Krieges bezeichnet werden müssen, insbesondere Ersparungen bei Arbeiten, die nicht durchgeführt wurden oder nicht durchgeführt werden konnten und diese Ersparungen werden sich in den künftigen Budgets sicherlich fühlbar machen, da sie Arbeiten betreffen, welche wir schon damals als notwendig erkannt haben und die deshalb nicht auf lange Zeit hinausgeschoben werden können. An der günstigen Finanzlage der Stadt dürfen sich die beiden oppositionellen Parteien des Gemeinderates ein gewisses Verdienst zumessen, da wir bei der Aufnahme des Anlehens dafür gestimmt und damit ein einstimmiges Votum des Gemeinderates erzielt haben, wir also ohne Rücksicht auf die parteipolitischen Erwägungen, den Finanzen der Stadt einen erheblichen Dienst erwiesen.

Bezüglich der Ausgaben für Approvisionnement ist unser Verband immer auf dem Standpunkte gestanden, dass kein Opfer zu gross ist, welches geeignet ist, die Not der ärmeren Klassen zu lindern. Wir vertreten die Forderung nach Zentralisierung der Fürsorge für Approvisionnement entweder durch Einsetzung eines Ministeriums für Volksernährung oder eines obersten Ernährungsamtes. Diesem Amte soll ein Beirat aus allen Kreisen, insbesondere auch aus den Kreisen der Konsumenten beigegeben werden. Die Opposition war jederzeit bestrebt, gemeinsam mit der Mehrheit die durch die ausserordentlichen Verhältnisse hervorgerufene Notlage nach Möglichkeit zu lindern. Es wäre Aufgabe der Mehrheit der geänderten ~~Stamm~~ Situation Rechnung zu tragen, wir müssen aber leider aus der ätzten Zeit Rückfälle in eine schlechte Vergangenheit feststellen. Es darf nicht angehen, wenn hier sachliche Kritik geübt wird, dass diese durch Hetzreden erwidert wird und dass Interpellationen durch Beantwortungen abgefertigt werden, wie wir sie in der letzten Sitzung gehört haben. Ich glaube der Herr Bürgermeister hat einmal gesagt, dass die Christlichsozialen die einzige Partei sei, welche nicht umzulernen brauche. Es gibt keine Partei, die durch das gewaltige Erlebnis des Krieges nicht umzulernen brauchte. Die schweren Zeiten, welche die gesamte Bevölkerung

durchmacht und welche uns noch bevorstehen, die grossen Aufgaben, welche die Gemeindeverwaltung einer Grossstadt zu erfüllen hat, sollten uns alle, welche Parteirichtung wir angehören mögen, veranlassen, zum Wohle der gesamten Bevölkerung zusammenzuwirken. Wir haben durch unsere Haltung gezeigt, dass wir dazu bereit sind und wenn Sie durch Ihre Haltung dieses Zusammenwirken verhindern, ist das sehr bedauerlich. Ich möchte noch immer die Hoffnung aussprechen, dass die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit der Zeit doch auch die Mehrheit des Gemeinderates veranlassen wird, ihre bisherige Taktik zu ändern und auf das Zusammenwirken aller zum Wohle der gesamten Bevölkerung im Interesse des Staates und der Stadt hinzuwirken (Beifall bei den Parteigenossen).

Hgm. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

Vizebürgermeister Hoger erwidert in seinen Schlussworten auf die Anfrage des Gemeinderates Kemmerling, dass die von ihm beantragte Differenz von 1 Million Kronen ihren Grund darin habe, dass nur ein gewisser Teil sich im Rechnungsabschluss ausdrücken konnte, weil eine Summe noch nicht abgerechnet sei. Wenn auf die Erparungen der Gemeinde verwiesen wurde, so sei selbstverständlich auch der Gemeindeverwaltung Ratsrat unangenehm, doch konnten viele Arbeiten deshalb nicht in Angriff genommen werden, weil keine Arbeiter da waren und weil sich die Kosten durchschnittlich um 70 bis 80 Prozent erhöht hätten. Die Gemeinde Weiskirchner weist, dass ihr nach dem Kriege grosse Aufgaben bevorstehen und wenn heute Reparaturen gemacht werden, so werden eben gerade diese Beträge dann beste Verwendung finden. Was das Ministerium für Volksernährung betrifft, so weiss ich nicht ob das Bevölkerung gerade daran liegt, dass wir einen Minister mehr bekommen, dass eine gemeinsame Zentrale geschaffen würde, die ein Uebereinkommen mit Ungarn schliessen könnten müssen und jetzt schon vor Augen haben, dass

je länger der Krieg andauert die Verhältnisse schwieriger werden und deshalb müssen wir jetzt Ich habe nur den Wunsch, dass wir die Regierung bei jeder Gelegenheit und das will ich auch jetzt tun - daran mahnen, dass sie zweckmässige Massregeln zur Approvisionierung der Bevölkerung trifft.

Der Hauptrechnungsabschluss wird sodann mit grosser Stimmenmehrheit genehmigt.

Vb. Hoger berichtet hierauf über den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1916/17. Er führte u. a. aus: Auch der vorliegende Hauptvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1916/17 wurde unter dem gewaltigen wirtschaftlichen Einflusse der Kriegereignisse entworfen. Zum zweitenmale während des Krieges ist die Gemeinde daran, ihren Haushal-

tungsplan festzustellen, zum zweitenmal zwar um die Hoffnung ärmer, schon mit friedlichen Verhältnissen rechnen zu können, aber um die Genugtuung reicher, dass der schmerzliche Plan der Feinde, uns wirtschaftlich zugrunde zu richten, an dem Zusammenhalten der Völker, an dem festgefügteten Wirtschaftsbau des Reiches zerschellt ist. Zumal die Gemeinde Wien, die grösste Stadt der Monarchie hat Ursache, mit ihrer finanziellen Lage zufrieden zu sein. Zwar schließt der Voranschlag auch diesseits nicht mit einem Ueberschusse ab, aber er ist ehrlich aufgestellt, ohne Beschönigung und unangebrachten Optimismus. In dieser Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zeigt sich die wirtschaftliche Kraft der Gemeinde Wien. Wie ein guter Kaufmann nur mit sicheren Ziffern rechnet und alle der Höhe nach ungewissen Ausgaben eher zu hoch, alle ungewissen Einnahmen eher zu niedrig in seine Rechnung einsetzt, so sind auch wir gewohnt, den Voranschlag mit strenger Einschätzung der mutmasslichen Ergebnisse festzustellen. Als Beweis dafür mag dienen, dass der Rechnungsabschluss zumeist günstigere Ergebnisse aufwies, als der Voranschlag in Aussicht gestellt hatte. So haben die Abschlüsse der letzten Jahre - insbesondere auch für 1914/15 der bereits als Kriegesabschluss gilt - bedeutend günstigere Resultate ausgewiesen als dies nach den entsprechenden Voranschlägen hätte sein sollen.

Wenn wir schon unseren Haushaltungsplan mit einem Abgang schliessen müssen, so können wir uns aber der sicheren Hoffnung hingeben, dass uns der Rechnungsabschluss 16/17 - wenn nicht besondere Umstände platzgreifen, - keine Enttäuschung, sondern eher eine angenehme Ueberraschung bringen wird. Die vor Kurzem vorgenommene Revision der Einkünfte für die Gemeinde dürfte dazu wesentlich beitragen.

Wir konnten, als die Notwendigkeit an uns herantrat, den Zinsendienst für die Kronen- und verlängerten Markkassenscheine sicherzustellen und den Angestellten der Gemeinde und ihren Unternehmungen sowie den Mehrgerechten erhöhte Kriegszulagen zu bewilligen, uns nicht entschliessen, zu dem allerdings bequemen Auskunftsmittel zu greifen, diese Ausgaben als Kriegsausgaben nicht ordnungsmässig zu bedecken, sondern einfach auf die Kassenbestände zu verweisen. Wir dürften dies nicht, da es sich beinahe durchwegs nicht um einmalige oder bald vorübergehende Ausgaben handelt und wenn die Kassenbestände nur zum geringsten Teile frei verfügbar sind.

Sie sind vielmehr zum überwiegenden Teile Anlehenserlöse, die nur für die in der gesetzlichen Anlehensermächtigung enthaltenen finanzprogrammässigen Zwecke zu verwenden sind; der restliche Teil jedoch ist derzeit etwa mit 10 Millionen Kronen

belastet, die nachdem Krieger für fällige Schuldverschreibungen und Zinscheine zu zahlen sein werden, welche sich im Besitze des feindlichen Auslandes befinden und deshalb während des Krieges nicht eingelöst werden konnten. Ferner mussten wir auch auf die Bereithaltung grösserer Vorräte zur Anschaffung von Lebensmitteln bedacht sein. Wenn man schliesslich bedenkt, dass zur normalen Abwicklung des Kassengeschäftes gleichfalls eine beträchtliche Summe erforderlich ist, so muss zugegeben werden, dass der Gemeinderat zumindest den Vorwurf der Leichtfertigkeit auf sich geladen hätte, wenn er es unterlassen hätte, die obigen Ausgaben von 13 bis 14 Millionen Kronen ordnungsmässig zu bedecken. Zweifellos ist dieses Vorgehen auch geeignet, den Kredit der Gemeinde Wien, der sich bei der Aufnahme der 100 Millionen Kronen Kassenscheine im Publikum so glänzend bewährt hat, neuerdings zu kräftigen.

Hat der von Ihnen genehmigte Hauptrechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 1914/15 ein Bild über die Einwirkungen des ersten Kriegesjahres auf den Gemeindefinanzhaushalt der Stadt Wien gegeben und konnte am demselben die beruhigende Zuversicht geschöpft werden, dass trotz der schweren Lasten, die der Krieg uns aufgebürdet, das ökonomische Gefüge des Stadthaushaltes unerschüttert geblieben ist, so zeigt der Voranschlag pro 1916/17 die ungleich schwereren Lasten und wirtschaftlich tiefer greifenden Einwirkungen des zweiten Kriegesjahres in allen Verwaltungszweigen.

Nun sei mir gestattet, dass ich in grossen Umrissen den Einfluss des Krieges auf die einschneidenderen Ansätze des Voranschlages darstelle.

Im vorigen Jahre haben wir die ordentlichen Einnahmen der Gruppen I - XIII nicht mit dem normalen Zuwachse veranschlagen können, ihre Summe war vielmehr etwas niedriger als die des Voranschlages für 1914/15, nämlich 107,8 Millionen Kronen. Die ordentlichen Ausgaben hingegen mussten wir um 5 Millionen höher veranschlagen. Neuer konnten wir bei den ordentlichen Einnahmen ohne die Steuererhöhungen um 12,4 Millionen mehr veranschlagen, mussten aber auch bei den ordentlichen Ausgaben 13,4 Millionen, und zwar um 19,5 Millionen in die Höhe gehen. War nicht also, dass auch der Krieg die normale Aufwärtsbewegung der Schlussziffern bisher nicht hindern konnte, wie sie auch in den Friedenszeiten zu verzeichnen ist, allerdings drückt sich dieselbe leider in höherem Masse bei den Ausgaben als bei den Einnahmen aus.

Auch bei den ordentlichen Ausgaben tritt diese Erscheinung ausser während nämlich der Voranschlag für 1915/16 hierfür um nahezu 23 Millionen weniger vorgesehen hat, als der für 1914/15, musste in vorliegendem wieder um fast 18 Millionen mehr veranschlagt werden, sodass er in dieser Hinsicht gegenüber dem letzten noch in 23 Friedenszeiten aufgestallten nur um 5 Millionen zurückbleibt

Dies konnte allerdings nur deshalb geschehen, weil der Gemeinderat rechtzeitig die erforderlichen Geldmittel vorgesorgt hat. Durch die Begabung der 100 Millionen Kronen-Kassenscheine war es möglich im Voranschlage rund 23 Millionen für die Ausgestaltung der städt. Unternehmungen und für die gemeinnützigen Zwecke des Finanzprogrammes von 1914 einzustellen. Um nur die wichtigsten hervorzuheben, sei angeführt, dass davon auf die Erwerbung von Gründen, insbesondere für den Wald- und Wiesengürtel 2.3, auf die Ausgestaltung und Erweiterung der Gaswerke 1.3, den Ausbau der Strassenbahnen 6, die Einführung des Kraftstellwagenbetriebes bei der Stellwagenunternehmung 2, die Erwerbung von Liegenschaften zur Strassenverbreiterung 1.3, auf Pflasterungen und Strassenherstellungen 2, auf die Durchführung der Strassenüberführung in allen Bezirken im Eigenbetriebe, den Umbau der Aspernbrücke 0.8, auf die Erweiterung der beiden Hochquellenleitungen 3.6, auf die Kanalisierung des XXI., Bezirkes und auf Friedhofsanlagen je 0.6 Millionen Kronen entfallen; also auf Zwecke, die zum überwiegenden Teile auch reiche Arbeitsgelegenheiten schaffen werden.

Die Aufnahme der neuen schwebenden Schuld war umso notwendiger, als die Bestände der beiden Investitionsanliegen von 1902 und 1903 bis auf kleine Reste finanzprogrammässige aufgebraucht sind.

Infolgedessen konnten auf Rechnung dieser beiden Anleihen nur Ausgaben von 2 bzw. 6,4 Millionen Kronen veranschlagt werden. Die wichtigsten davon sind, 1,6 Millionen Kronen für den Bau eines städt. Museums auf Rechnung des Anlehens vom Jahre 1902 und 0,9 für den Bau des Kühl und Gefrierhauses, 2 Millionen Kronen für den Ankauf von Gründen für die Kontumazanlage und den Zentralviehmarkt, sowie den Bau eines Kontumazmarktes und Seuchenhofes, 1,8 für die Ausgestaltung des Basenmarktes, 0,5 für den Ausbau der Kühlanlage im Schlachthause St. Marx und 0,4 für den Ankauf des Neugebäudes.

Von den ausserordentlichen Ausgaben auf Rechnung der eigenen Gelder sind folgende hervorzuheben: für den Ankauf von Liegenschaften mit Ausnahme der zur Strassenverbreiterung erworbenen 1,7, für Schulbauten 2.1, für den Bau des Amtshauses in der Felderstrasse 0.8, den Bau des Belegpavillons II im Wiener Versorgungshaus 0.9, die Errichtung und Ausgestaltung von Tagesheimstätten 0.4, als Beitrag zur Bildung eines Kriegerheimstättenfonds 0.5, für die Ausgaben aus Anlass der Kriegereignisse 3.1 und für die allgemeine Kriegszulage für Angestellte und Lehrpersonen 3.9 Millionen Kronen.

Was insbesondere die Auslagen aus Anlaß der Kriegsereignisse betrifft, so enthält der Ansetz die Auslagen für die mit Gemeinderatsbeschluss vom 22. September 1914 genehmigten Notstandsbauten mit 500.000 K, die Auslagen für sanitäre Vorkehrungen mit rund 400.000 K, die Kosten der Brot- und Mehlkommissionen und dergl. mit 1.5 Millionen. Die Ausgaben für die von der Gemeinde eingekauften Lebensmittel erscheinen nicht im Voranschlag, da sie durchlaufend verrechnet werden und daher erst im Rechnungsabschluss zum Ausdruck kommen werden.

Außer diesen eigentlichen Kriegsauslagen ist aber selbstverständlich auf die durch den Krieg geschaffenen Teuerungsverhältnisse bei den einzelnen Ansätzen des Voranschlages Rücksicht zu nehmen gewesen. X

Nach dem Gesagten ist es selbstverständlich, daß bei Feststellung der einzelnen Erfordernisse unter größter ~~Vorsicht~~ Vorsicht und Sparsamkeit vorgegangen werden mußte, daß außer den notwendigsten laufenden Erfordernissen daher nur Auslagen für solche Herstellungen und Arbeiten veranschlagt werden, die im Jahre 1916/17 ausgeführt werden müssen und welche die Fortsetzung und Vollendung der bereits vorher in Angriff genommenen Arbeiten betreffen, zumal der auf allen Gebieten herrschende Mangel an Arbeitskräften derzeit die Aufstellung eines reichlicheren Investitionsprogrammes von vorneherein ausschloß.

Nach dem Hauptvoranschlage betragen die ordentlichen Ausgaben 201,384.420 K, die außerordentlichen Ausgaben 64,850.920 K, wonach sich ein Gesamterfordernis von 266,235.340 K ergibt. Die ordentlichen Einnahmen von 120,252.940 K, zuzüglich des zu den ordentlichen Einnahmen zählenden Ertrages der städtischen Umlagen von 77,890.470 K, zusammen 198,143.410 K ergeben gegenüber den ordentlichen Ausgaben von 201,384.420 K einen Abgang bei der ordentlichen Gebarung von 3,241.010 K. Von den außerordentlichen Ausgaben von 64,850.920 K entfallen auf die eigenen Gelder der Gemeinde der ~~Betr~~ Teilbetrag von 19,617.540 K und von den außerordentlichen Einnahmen von 7,557.060 K auf dieselben der Teilbetrag von 6,846.810 K. Es ergibt sich somit bei der eigenen außerordentlichen Gebarung ein Abgang von 12,770.730 K, wovon das veranschlagte Erfordernis für in der Strecke Hütteldorf-~~M~~ Schlachthaus - Schikanedersteg der Wientallinie der Stadtbahn durchzuführende Stadtbahneindeckungen samt Straßenanschlüssen und für die Vollendung der Wienflußregulierung von zusammen 18.000 K aus den von der Kommission für Verkehrsanlagen seinerzeit der Gemeinde Wien überwiesenen und in den Kassabeständen der Gemeinde enthaltenen Geldern, zu entnehmen ist. Wird dem restlichen Abgange bei der außerordentlichen Gebarung im Betrage von 12,752.730 K der oben ausgewiesene

ne Abgang bei der ordentlichen Gebarung in der Höhe von 3,241.100 K hinzugeschlagen, so ergibt sich der Gesamtabgang mit 15,993.740 K. Hierbei wurden die Kriegszulagen für die städtischen Beamten, Angestellten und Lehrer, ebenso auch die Erhöhung der Straßenbahntarife und der Gebühren für Gas- und Elektrizitätsmesser berücksichtigt. Die bereits beschlossene Erhöhung der Gemeindegewerbesteuer, der Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, des Zuschlages zur Totalisateurststeuer, der Hundesteuer, sowie der Bodenwertzuwachssteuer und Lustbarkeitssteuer wurden noch nicht berücksichtigt, da die erforderliche legislative Genehmigung noch aussteht. Auch der Anteil an der Landesbieraufgabe ist noch nach dem alten Ausmaß ~~eingestellt~~ eingestellt, da die Kundmachung über die Genehmigung der Erhöhung erst nach Fertigstellung des Voranschlages seitens des Magistrates erfolgte. Diese Mehreinnahmen können mit 6 bis 7 Millionen K veranschlagt werden. Der Abgang ist zum Teile aus diesen zu gewärtigenden Mehreinnahmen und weiterhin aus dem barem Kassarest der eigenen Gelder zu ~~bedeck~~ bedecken. Im Falle der Unzulänglichkeit desselben wäre ein etwa noch verbleibender Fehlbetrag vorschußweise den Kassabeständen des Investitionsanlehens vom Jahre 1914 zu entnehmen.

Das Referat erörtert dann eingehend die einzelnen wichtigeren Posten, behandelt dann die städtischen Unternehmungen und die Fonds und schließt:

Wie die geehrten Herren aus dem Abschnitte „Bilanz und Bedeckung“ zu entnehmen in der Lage sind, ergibt sich derzeit ein Abgang von rund 16 Mill. K, der sich nach Einstellung der zu ~~erwart~~ gewärtigenden Einnahmen aus der Erhöhung der Gemeindegewerbesteuer, der Abgabe von gebrannten geistigen ~~Flüssigkeiten~~ Flüssigkeiten, des Anteiles an der Landesbieraufgabe, des Zuschlages zur Totalisateurststeuer, dann der Hundesteuer, der neu eingeführten Bodenwertzuwachssteuer und Lustbarkeitssteuer, die wie bereits erwähnt auf 6 bis 7 Mill K veranschlagt werden können, auf rund 10 bis 9 Millionen K herabmindern wird, dessen Bedeckung aber kaum mehr in den Kassabeständen gefunden werden wird. Unter diesen Umständen muß ich auch diesmal zur Sparsamkeit mahnen und die geehrten Herren ersuchen, von anderen Erfordernissen als veranschlagt worden sind, derzeit abzusehen. Wenn in hoffentlich nicht ferner Zeit das sieghafte Ringen unserer tapferen Armeen uns einen erfolgreichen und dauerhaften Frieden erkämpft haben wird, werden sich dann die Forderungen nach Erfüllung der während des Krieges zurückge~~setzten~~ setzten Arbeiten erheben und die Neugestaltung aller wirtschaftlichen Verhältnisse wird uns vor die Lösung von Fragen stellen, deren Inhalt, Umfang und Kosten derzeit nicht abzusehen ist. Ich hoffe aber

zuversichtlich, und schöpfe diese Hoffnung aus dem hingebungsvollen Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren während des Krieges - daß diese Zeit die Gemeindeverwaltung gewappnet finden wird, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. In diesem Sinne bitte ich in die Verhandlung über den vorliegenden Hauptvoranschlag einzugehen ^{Lauter} (Beifall!).

Bgm. Dr. Weiskirchner Ich werde die Debatte über dieses Referat in der Sitzung des Gemeinderates am nächsten Dienstag eröffnen. Ich schliesse die heutige öffentliche Sitzung.